

Gemeinsam zum Traumhaus

Mitglieder eines Vereins wollen in Huckelriede ein 20-Parteien-Objekt bauen / Aus Fremden werden Nachbarn

Wohnst Du noch oder lebst Du schon? So wirbt Ikea für seine Möbel, und so könnte ein Projekt überschrieben werden, das in Huckelriede kurz vor dem Finale steht. Ein Haus für 20 Parteien, in dem die Menschen mehr als nur wohnen wollen. Ziel ist eine lebendige Gemeinschaft von Jungen und Alten, von Singles, Paaren und Familien. Seit fünf Jahren arbeitet die Gruppe an den Vorbereitungen, noch in diesem Jahr könnten die Bauarbeiten beginnen.

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. „Ich dachte, ich kenne meine Nachbarn“, sagt Margit Roos, „doch als wir dann in den Urlaub fahren wollten und es darum ging, wer die Blumen gießt, war niemand da, der bereit dazu war.“ Ein Erweckungserlebnis und die Erkenntnis, dass um die eigene Wohnung herum im Grunde alles anonym ist. Für Margit Roos und ihren Mann steht seitdem fest, dass sie etwas anderes wollen, eine Gemeinschaft, in der zwar jeder seine eigene Wohnung hat, in der die Nachbarschaft aber wirklich gelebt wird. Blumengießen inklusive. Möglich werden soll das in einem Projekt, das in Huckelriede kurz vor dem Finale steht. Ein Haus mit 20 Parteien, bunt gemischt, das schon in der Planungsphase von dem Gedanken getragen wird, es beim Wohnen einmal anders zu versuchen als in den üblichen Mietblöcken.

Margit Roos und ihr Mann Michael Groher gehören zu einer sogenannten Baugruppe. Vor fünf Jahren gegründet, wird in dieser Gemeinschaft beharrlich darauf hingearbeitet, eines Tages mit allen zusammen ein Haus zu beziehen. Ein zäher Prozess, aber das gehört dazu und ist sogar Voraussetzung. Menschen, die sich vorher weitgehend fremd waren, lernen sich über die Diskussionen kennen und entwickeln ein Gefühl, ob sie zueinander passen. Alte und Junge – die Spannweite reicht von 71 Jahren bis zu sieben Monaten – Singles, Paare und Familien. Und wenn es gelingt, sollen auch zwei Wohngemeinschaften mit geistig behinderten Menschen dabei sein.

„Ja, hab' ich gedacht, mit denen willst du zusammenleben“, berichtet Heide Kuhlmann von ihren ersten Eindrücken. Die Sozialpädagogin, sie ist die Älteste in der Gruppe, will Leben haben im Haus, Kinder und Erwachsene, die Kontakt suchen, und: „Bloß keine Alten-WG!“ Ihre Wohnung hat sie bereits ausgesucht, obwohl noch kein Stein verbaut wurde und letzte Fragen der Finanzierung des 3,5-Millionen-Projekts noch geklärt werden müssen. „Drittes Obergeschoss“, sagt sie, „84 Quadratmeter, ich ziehe da mit meinem Partner ein.“

Ingrid Moke, die auf 64 Quadratmetern alleine wohnt, erzählt, dass sie ihre Wohnung im Geiste und auf dem Papier bereits dreimal eingerichtet hat. „Ich habe auch Wände verrückt, das geht ja noch“, sagt die 53-Jährige. Früher hat sie in Wohngemeinschaften gelebt, aber so eng will es die Lehrerin nicht mehr haben. Es gibt ein Meins und Deins in dem Projekt, mit Ausnahmen: Waschküche, Werkstatt und Dachterrasse werden gemeinschaftlich genutzt. Außerdem ist eine Gästewohnung geplant und ein Raum, in dem sich die Gemeinschaft treffen und besprechen kann.

Ihren Ursprung hat die Baugruppe in der Bremer Genossenschaft „Bauen und leben“. Unter deren Dach sollte das Hausprojekt eigentlich realisiert werden, aber dann wurde stattdessen ein Verein gegründet, um die unterschiedlichen Interessen besser



Einige der Gründungsmitglieder des Vereins auf ihrem Bauplatz in Huckelriede (von links): Doris Meybohm, Ingrid Moke, Heide Kuhlmann, Michael Groher und Margit Roos. FOTO: FRANK THOMAS KOCH

bündeln zu können. Eigentümerin des Hauses wird eine GmbH sein, deren einziger Gesellschafter der Verein ist. Die Mitglieder beteiligen sich mit Einlagen an der GmbH und sind später Mieter, nicht Eigentümer. Ein Modell, das in Deutschland unter dem Begriff Miethäuser-Syndikat firmiert und im vergangenen Jahr bei 65 Projekten realisiert wurde.

Ziel solcher Syndikate ist unter anderem, das Wohnen in den Häusern auch solchen Menschen zu ermöglichen, die nicht so viel Geld haben. Es wird zwar von jedem Mieter eine Einlage für die GmbH erwartet – bei der Gruppe in Huckelriede sind das mindestens 10000 Euro oder besser noch zehn Prozent des Wertes der jeweiligen Wohnung. Bedingung ist aber nicht, dass

alle einen gleich hohen Betrag aufwenden. „Finanzierung und Rechtsform sind die Punkte, an denen wir uns reiben“, sagt Michael Groher, der so etwas wie der Außenminister der Baugruppe ist. Das Syndikatmodell fordert Teilnehmern Solidarität ab, jedenfalls denen, die am meisten Geld mitbringen. Sie gehen in ein gewisses Risiko und lassen sich das mit einem Zins von lediglich zwei Prozent bezahlen. Doch ohne eigene Mittel geht es nicht. Groher: „Wir benötigen 25 bis 30 Prozent Eigenkapital, sonst machen die Banken nicht mit.“

14 Wohneinheiten sind vergeben. Eine davon an Steffi Winkelmann. „Ich möchte, dass meine Tochter an die Nachbarstür klopfen kann, dass es einen Austausch gibt“, sagt die 45-Jährige. Gust anders eben als zurzeit in ihrem Mietshaus in Findorff. Die Tochter ist vier Jahre alt und wird in dem Haus in Huckelriede andere Kinder antreffen, mit denen sie spielen kann. Fünf Familien sind es insgesamt, neben den Singles, Paaren und Wohngemeinschaften.

Doch zuerst mal muss gebaut werden. Schwierig schon, ein Grundstück zu finden, groß genug, um ein 20-Parteien-Haus unterzubringen. Gerade in Bremen gibt es da nur begrenzte Möglichkeiten. Schwierig auch, das Grundstück zu bekommen, denn eine Käufer-Gruppe, deren Eigentumsverhältnisse nicht sofort überschaubar sind, wird von Verkäufern nicht unbedingt als erste Wahl behandelt. Doch es hat geklappt, 16000 Quadratmeter am Buntentorsee, ein Werdersee in der Nähe, einen Kindergarten und die Haltestellen für Busse und Bahnen. Jetzt muss es noch mit den Banken klappen, so Groher: „Wir träumen von einem Einzug Ende 2014.“

Nur ein Projekt erfolgreich

Genossenschaft zeigt Wege zum Gemeinschaftswohnprojekt auf

Bremen (hi). Es gibt in Bremen mit „Bauen und leben“ eine Genossenschaft, die sich seit neun Jahren um gemeinschaftliche Wohnprojekte kümmert. Interessierten werden dabei Wege aufgezeigt, den Traum von einem Haus zu verwirklichen, in dem Nachbarschaft mehr bedeutet als lediglich Tür an Tür zu leben. Insbesondere wird über Fragen der Rechtsform und Finanzierung solcher Projekte informiert.

„Zu uns kommen hauptsächlich Menschen, die schon etwas älter sind und sich Gedanken darüber machen, wie sie ihren letzten Lebensabschnitt gestalten wollen“, berichtet Joachim Böhm, Vorstand bei „Bauen und leben“ und dort für die Projektentwicklung zuständig. „Das sind Menschen, die dafür sorgen, dass sie nicht eines Tages ins Altenheim ziehen müssen“, sagt Böhm. Und die, wie das Hausprojekt in Huckelriede zeigt, in engem Kontakt mit anderen Altersgruppen bleiben wollen.

Bei etlichen Gruppen, die von „Bauen und leben“ betreut wurden, hat es am

Ende nicht geklappt. Mal stimmte die Chemie nicht und die Teilnehmer, die sich meist vorher nicht kannten, fanden nicht zueinander. Mal waren es handfeste Konflikte, wenn über Geld und die Rechtsform diskutiert wurde. „Das sind die Klippen in so einem Projekt“, sagt Böhm, „dabei lernen sich die Leute aber auch kennen.“

Zu Stein geworden ist bislang nur eines der Projekte: Das Haus am Fleet mit 14 Wohnungen in einer Größe von 39 bis 120 Quadratmetern. Bewohnt wird es von Eigentümern und Mietern zwischen 22 und 84 Jahren. Es gibt in dem Haus einen Gemeinschaftsraum und eine gemeinschaftliche Werkstatt. Der Anspruch: Eine verbindliche Nachbarschaft, die herausführt aus Anonymität und Vereinsamung.

Finanziert worden sei das Haus von einem Bauträger, so Böhm. Anders als in Huckelriede sei das Risiko abgegeben worden. Mit dem Preis, dass der Bauträger damit Geld verdient habe, was der Gemeinschaft verloren gegangen sei.

„Die Regierung will das Ausmaß der Schäden herunterspielen“

Die Japanerin Kinue Hirokawa über die aktuelle Situation in Fukushima zwei Jahre nach dem Reaktorunfall

Heute vor zwei Jahren löste ein Erdbeben die Unfallserie im japanischen Atomkraftwerk in Fukushima aus. Auch zwei Jahre nach der Katastrophe fehlt es den Betroffenen an vielem. In der Kirche Unser Lieben Frauen gab es deshalb am Wochenende ein Benefizkonzert zugunsten zweier Initiativen, die sich für ein atomstromfreies Japan einsetzen. Die Japanerin Kinue Hirokawa vertrat dabei die Initiative „Schützt die Kinder von Fukushima Hokkaido“. Max Polonyi sprach mit ihr über das Leben im Katastrophengebiet und den Umgang der japanischen Regierung mit der Krise.

Wie beschreiben Sie die aktuelle Situation in der Region rund um die zerstörte Atomanlage in Fukushima?

Kinue Hirokawa: Es sind weiterhin viele Gebiete von radioaktiver Strahlung belastet. Die Dekontamination ist kaum vorangeschritten. Viele Familien leben aber weiterhin in den belasteten Gebieten in der Nähe des Reaktors.

Warum entscheiden sich diese Menschen nicht für einen Umzug?

Die japanische Regierung befürchtet einen nachhaltigen Imageschaden durch die Katastrophe. Aus diesem Grund wurde die sogenannte Evakuierungszone, aus der die Menschen wegziehen mussten, relativ klein gehalten. So will man das Ausmaß der Schäden herunterspielen. In ebenfalls belasteten Gebieten, die aber nicht mehr zu dieser Zone gehören, kann sich die Bevölkerung frei entscheiden, ob sie bleibt oder umzieht. Im Falle eines Umzugs haben diese Menschen keinerlei Anspruch auf Schadenersatz. Deshalb bleiben viele, weil sie sonst alles verlieren würden.



Kinue Hirokawa setzt sich für die Opfer der Reaktorkatastrophe von Fukushima ein. FOTO: KOCH

Was benötigen die Betroffenen, woran fehlt es ihnen am meisten?

Die Familien brauchen finanzielle Unterstützung von der Regierung. Umsiedlungen müssen vereinfacht werden. Außerdem muss wieder vermehrt Aufklärung über Schutzmaßnahmen betrieben werden. Viele Menschen, die noch immer dort leben, tragen inzwischen nicht mal mehr einen Mundschutz, wie sie es kurz nach der Katastrophe getan haben. Es hat eine Rückwendung zur Normalität stattgefunden, die noch lange nicht angebracht ist.

Das bedeutet, dass im Krisengebiet wieder der Alltag eingekehrt ist?

So ist es. Kinder gehen wieder zur Schule, es wird auch wieder Landwirtschaft betrieben. Der verseuchte Boden wurde abgetra-

gen und lagert nun unter freiem Himmel in der Region, teilweise nur bedeckt von Plastikplanen. Man weiß nicht, wohin damit. Die japanische Regierung behauptet, dass keine gesundheitlichen Folgeschäden zu befürchten sind.

Für die Regierung hat sich das Thema also erledigt?

Im Dezember 2012 wurde eine offizielle Erklärung abgegeben, dass der Unfall jetzt beendet sei. In Deutschland wäre ein derartiges Vorgehen wohl unvorstellbar. Hilfe und Beistand erhalten die Betroffenen größtenteils aus der Bevölkerung. Die Stadt Sapporo, übrigens eine der wenigen Städte, die sich gegen Atomenergie ausgesprochen haben, unterstützt diese Initiativen seit zwei Jahren.

Wie sieht diese Unterstützung aus?

Die Initiative „Schützt die Kinder von Fukushima Hokkaido“ beispielsweise ermöglicht Kindern aus den verstrahlten Gebieten einen Erholungsurlaub auf der Insel Hokkaido. Dort erhalten sie medizinische Untersuchungen, die in der Präfektur Fukushima nicht angeboten werden. Die Stadt Sapporo auf Hokkaido unterstützt diese Initiativen. Wir möchten gemeinsam ein Sanatorium aufbauen, zu dem die Familien immer kommen können.

Welche Erfahrungen machen Sie mit den Betroffenen, die zu Ihnen nach Sapporo kommen?

Gerade für Kinder, die dort wieder unbeschwert draußen spielen können, ist der Kururlaub erholend. Allerdings sind manche bereits erkrankt: Bei zehn Kindern, die bei uns waren, wurde Schilddrüsenkrebs diagnostiziert.

Hat das Benefizkonzert in Bremen seinen Zweck erfüllt?

Wir sind sehr froh, dass den Bremern, aber auch vielen anderen Menschen überall auf der Welt, die Situation in Japan nicht egal ist. Der Erlös des Konzertes wird den Initiativen helfen, damit sie die Betroffenen weiter unterstützen können.

Zur Person: Kinue Hirokawa (55) arbeitet als Abteilungsleiterin in der Stadtverwaltung von Sapporo auf der japanischen Insel Hokkaido. Sie reiste als Stellvertreterin zweier Hilfsorganisationen nach Bremen, um beim Benefizkonzert für die Opfer von Fukushima dabei zu sein.

Konfuzius-Institut eröffnet in Bremen

Kurse zu Sprache und Kultur Chinas

VON CORINNA TONNER

Bremen. Im Sommer soll in der Innenstadt ein Konfuzius-Institut eröffnet werden. Chinesische Gastdozenten sollen in dem Institut Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene anbieten. Hinzu kommen Seminare, Workshops und Vorträge über chinesische Kultur, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Gründungspartner und Unterstützer des Instituts sind die Hochschule Bremen, die Universität, die Jacobs University und die Wirtschaftsbehörde.

„Ganz Bremen soll von dem neuen Institut profitieren“, sagt Monika Schädler, die als Professorin für die Wirtschaft und Gesellschaft Chinas an der Hochschule Bremen den Studiengang Angewandte Wirtschaftssprachen leitet. Die Seminare der neuen Einrichtung sollen nicht nur innerhalb des Instituts mit einem Seminarraum, Büro und Bibliothek stattfinden. Geplant sind darüber hinaus auch Veranstaltungen außerhalb. „Wir wollen den Chinesisch-Unterricht auch in Bremer Schulen etablieren“, sagt Schädler. Ebenso sollen an den drei Hochschulen Räume für Seminare zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Konfuzius-Institut soll Bremen als „Chinaschwerpunkt“ im Nordwesten Deutschlands bekannter gemacht werden.

Für die Gründung des Konfuzius-Instituts reiste die Rektorin der Hochschule, Professorin Karin Luckey, Anfang März nach Peking, um an der dortigen „Capital Normal University“ (CNU) ein entsprechendes Abkommen zu unterzeichnen. In dem Abkommen wird die Unterbringung des Instituts in Bremen geregelt, das Marketing für Veranstaltungen, die Arbeit der chinesischen Gastdozenten, sowie die Unterstützung von Gast-Studierenden in China. Die erste chinesische Direktorin des Instituts ist eine Deutschprofessorin der Peking University, die voraussichtlich im Mai in Bremen eintreffen wird.

Vorbild für das neue Institut sind vergleichbare Einrichtungen anderer Länder, wie zum Beispiel das Institut français, das spanische Instituto Cervantes, der British Council oder das deutsche Goethe-Institut. Das erste Konfuzius-Institut wurde 2004 in Seoul, der Hauptstadt Südkoreas, gegründet. Mittlerweile gibt es weltweit 398 solcher Institute in insgesamt 108 Ländern. In Deutschland wird mit dem Bremer Konfuzius-Institut die zwölfte Einrichtung dieser Art eröffnet. Finanziert werden die Konfuzius-Institute von China, unterstützt werden sie von dem jeweiligen Gastland. Wo genau die Institutsräume sein werden, will die Hochschule noch nicht bekannt geben, denn der Vertrag sei noch nicht unterzeichnet.

Für den berühmten Namensgeber war Bildung ein hohes Gut. Der chinesische Philosoph und Lehrmeister Konfuzius (um 551 bis 479 v. Chr.) wollte den „Edlen“ erschaffen, der sich in Harmonie mit der Welt befindet und „sein sittliches Wesen mit der allumfassenden Ordnung, mit der zentralen Harmonie vereint“. Den Weg dahin sah Konfuzius gemäß seinen „Lehrgesprächen“ vor allem im Lernen. Sein wohl bekanntestes Zitat lautet: „Der Weg ist das Ziel.“



Unterzeichnete das Gründungsabkommen für das neue Institut: Karin Luckey, Rektorin der Hochschule Bremen. FOTO: KOCH

Wilhelm Busch im Bremer Ratskeller

Geschichten von Musik beflügelt

Bremen (xkw). „Das beste Wilhelm-Busch-Programm“ präsentieren der Bremer Schauspieler Pago Balke und der Pianist Nicolai Thein in der Reihe „Poesie im Ratskeller“. Ihre Veranstaltung steht unter dem Motto: „Gnadenlose Heiterkeit“. Balke und Thein bieten unter diesem Titel am Sonntag, 17. März, Gedichte, Geschichten und Zeichnungen von Wilhelm Busch – beflügelt von Musik.

Das gemeinsame Programm des Pianisten und des Schauspielers, die auf Einladung des Landesbetriebssportverbandes Bremen auftreten, beginnt um 11 Uhr im Bacchuskeller des Ratskellers. Die beiden Künstler präsentieren die humorvollen Gedichte und Geschichten, die die Vielseitigkeit Wilhelm Buschs zeigen. Besucher begegnen in dieser Sonntagsmatinee Balduin Bähmann, dem verhinderten Dichter, dem Jungesellen Tobias Knopp, Maler Klecksel, diversen Basen, Tanten, Virtuosen, feindlichen Nachbarn und einem Affen namens Fips. Begleitet und kommentiert am Klavier mit Musik von Mozart bis Rachmaninow, von Satie bis Charlie Chaplin.

Karten gibt es bei Nordwest Ticket unter Telefon 36 36 36 und beim Bremer Ratskeller unter Telefon 32 16 76